

Voigtländische Blätter.

Unter redaktioneller Verantwortlichkeit von Aug. Wieprecht in Plauen
herausgegeben von mehreren Voigtländern.

Diese Zeitschrift erscheint wöchentlich vorläufig einmal und zwar Sonnabends für den vierteljährlichen Preis von 7 $\frac{1}{2}$ ngr. Aufsätze und Mittheilungen für dieselbe wolle man an Aug. Wieprecht in Plauen adressiren. — Anzeigen aller Art werden aufgenommen und wird der Raum einer gespaltenen Zeile mit 8 S. berechnet.

N^o 6.

Plauen, den 6. Mai

1848.

Inhalt: Kommunismus, Sozialismus, Republik. — Voigtländisches: An die Wahlmänner des 12. Wahlbezirks. — Ueber Treuen. — Aus Plauen. — Rundschau der neuesten Ereignisse.

Kommunismus, Sozialismus, Republik.

Es wird von den Gegnern der Republikaner eine solche Masse von Vorwürfen, Schmähungen und Verdächtigungen auf dieselben gehäuft, daß es eben so unmöglich ist, auf alle zu antworten, als es der Mühe nicht werth wäre, darauf weiter einzugehen. Nur einen Vorwurf greifen wir auf, um ihn zu widerlegen und eine Erklärung unserer Ansichten und Absichten daran zu knüpfen. Man hat uns (den Republikanern) vorgeworfen, wir beabsichtigen Aufhebung des Eigenthums, Gütergleichheit, vielleicht auch Gütergemeinschaft und wollen diese mit Gewalt der Waffen, durch Mord und Plünderung in blutigem Bürgerkriege durchführen. Nichts liegt uns ferner, als eine solche Absicht. Gütergemeinschaft, Gütergleichheit, gemeinschaftlicher Besitz oder gleicher Antheil aller Staatsbürger an dem materiellen Vermögen, das sich jetzt in einzelnen Händen befindet, läßt sich **nie** verwirklichen, würde sich nur für Augenblicke nur mit Blutvergießen, nur durch Gewalt verwirklichen lassen, würde jeden gewerblichen Fortschritt, jede Fortbildung der staatlichen Einrichtungen, jeden Wettstreit für die Zwecke der Menschheit aufheben und würde sich sofort nach seiner Geburt durch sich selbst vernichten. Ließe er sich aber auch für die Dauer begründen, so würde ein vollkommener Stillstand des Staatsorganismus die unmittelbarste Folge davon sein. Der **Kommunismus**, welcher eben Gütergleichheit und Gütergemeinschaft predigt, will eine Gewaltherrschaft. Er kann nur durch dieselbe allgemein eingeführt werden, kann sich aber auch hierdurch nicht halten und muß im eignen Blute ersticken.

Dies lehrt uns sowohl die Vernunft als die Erfahrung. Man vertheile heute alle materiellen Güter gleich unter Alle, morgen wird diese Gleichheit wieder vernichtet sein, weil Jeder mit dem ihm zugetheilten Vermögen seine persönlichen Bedürfnisse zu befriedigen hatte und derjenige, welcher solche Bedürfnisse befriedigt, einen Theil von dem Vermögen desjenigen hierdurch erwerben muß, dessen Bedürfnis er eben befriedigt hat. An diesem unübersteiglichen Hindernisse sind alle Versuche, den Kommunismus praktisch auszuführen, gescheitert. Der Kommunismus ist die unreife Frucht eines dunkeln Gefühls, eines unklaren, noch nicht zum Selbstbewußtsein gelangten Bedürfnisses. Er widerspricht daher jeder bestimmten Richtung des menschlichen Geistes, er steht daher namentlich im Widerspruche mit der klar aufgefaßten Idee des Staates, wie er sein soll, des republikanischen Prinzips. Er kann von keinem wahrhaften Republikaner angestrebt werden, weil er in seinem innersten Wesen gewaltthätig ist, weil er die Freiheit des individuellen Willens aufhebt und im geraden Widerspruche steht mit der **freien Einheit**, auf welcher die Republik beruht.

Neben dem Kommunismus ist eine Idee im Staatsleben aufgetaucht, welche, obgleich sie in ihrem letzten Zwecke mit demselben verwandt ist, ganz andere Bahnen einschlagen will und in der praktischen Ausführung klar und bestimmt hintritt. Das Bedürfnis nach einer besseren staatlichen Einrichtung hat die Blicke der Menschen auf die Gesellschaft gezogen und bald das ungeheure Mißverhältniß entdecken lassen, welches zwischen dem Besitz und Nichtbesitz, zwischen Besitz einerseits und der körperlichen und geistigen Arbeit andererseits

besteht. Dieß Mißverhältniß auszugleichen auf friedlichem Wege, ist die Aufgabe des **Sozialismus**. Der Sozialismus will eine gleiche Vertheilung der Rechte im Staate und folgerichtig eine Umgestaltung unseres gesellschaftlichen Lebens, ohne die faktischen Grundlagen desselben zu zerstören. Werfen wir die ungenießbare Schale, in der sich diese Idee bisher verkernt hat, die hochtrabenden Redensarten von „Organisation der Arbeit“ und ähnliche Floskeln weg und betrachten den Kern genauer, so zeigt sich uns vorzüglich eine Idee, als Ausfluß der sozialistischen Bestrebungen, welche im reinsten Lichte der Volksfreundlichkeit strahlt und in ihrer praktischen Anwendung eine Vielseitigkeit und Kraft entwickeln wird, wie keine andere der Neuzeit. Nähern wir uns derselben etwas. Der Staat besteht hiernach durch das Zusammenwirken dreier Kräfte, durch die Kräfte des Kapitals oder des materiellen Vermögens, der Arbeit und des geistigen Vermögens. Diese drei Kräfte sind selbst drei Kapitale, welche im Staate wirken, von denen die Besitzer Zinsen ziehen und hierdurch sich und den Staat erhalten. Es kommt nun darauf an, diesen drei Kapitalen gleiche Zinsen zu sichern. Dann wird eine gleiche Berechtigung aller Bürger am Staate erreicht werden. Jeder, welcher im Besitze irgend eines dieser drei Kapitale steht, und jeder Mensch besitzt eins oder das andere davon, wird sich wohl befinden nach dem Maße, nach welchem er eben ein solches besitzt und dasselbe wirksam machen will. Jedes Verdienst, jedes Streben wird seine gerechte Würdigung finden, die Freiheit des Einzelnen wird gesichert und ein weites Feld für jeden sittlichen und materiellen Fortschritt Jedem eröffnet sein. Diese Idee des Sozialismus will also keine Gütergleichheit, keine Gütergemeinschaft, sondern nur eine Gleichstellung der menschlichen Kräfte hinsichtlich der aus denselben hervorgehenden Vortheile, sie will nicht eine Aufhebung der jetzigen Besitzverhältnisse, sondern nur eine Aufhebung des Mißverhältnisses, welches jetzt besteht zwischen dem Besitze einerseits und der Arbeit und Intelligenz andererseits in Bezug auf den Nutzen, welchen der Einzelne zieht, der sich im Besitze irgend einer dieser Kräfte befindet. Sie erkennt an, daß das Kapital nur dann Großes vollbringen kann, wenn es nicht zersplittert in den Händen der einzelnen Individuen gleichmäßig vertheilt ruht, sondern vielmehr auf gewisse Punkte konzentriert wird, aber sie will nicht, daß Arbeit und Intelligenz nur als Mittel für die Zwecke des Kapitals benutzt werden. Sie will, daß ein Maßstab gefunden werde für die Berechnung der Arbeit und Intelligenz als selbstständige Kapitale und will für alle drei Kapitale einen gleichen Zinsfuß. Sie

will allerdings die jetzige Uebermacht des Besitzes über die beiden anderen Kapitale brechen, aber nicht dadurch, daß sie den Besitz ganz aufhebt. Sie will nicht eine Beschränkung des Besitzes selbst, sondern nur eine Beschränkung des aus demselben ersprießenden Nutzens. Sie will Gleichheit, aber nur in der Freiheit, nur durch die Freiheit. Wir müssen uns darauf beschränken, diese Seite des Sozialismus hervorgehoben zu haben und behalten uns vor, nächstens andere Forderungen desselben weiter zu erörtern.

Wie jede Idee, so muß sich natürlich auch der Sozialismus in irgend einer Form geltend machen. Er kann sich nur durch politische Erscheinungen kund geben. Hierzu ist aber keine andere als die republikanische Staatsform tauglich. Eine neue Gesellschaft kann sich nicht in alten und veralteten Formen bewegen, oder sie wird sich dem Geiste verschmelzen müssen, welcher in dieser Form früher lebte. Sie verlangt eine Form, welche sich genau ihrer Bildung anschließt und so geschmeidig ist, jeder Richtung freien Spielraum für ihre Ausbildung zu gestatten. Die konstitutionelle Monarchie ist hierzu ganz unfähig, denn sie ruht auf den alten Begriffen vom Staate, auf den ungerechten Verhältnissen des alten Staates, sie stellt an ihre Spitze eine Institution, welche ganz der alten Zeit angehört und ihren Ursprung nie verleugnen kann. Die konstitutionelle Monarchie wird wohl das Loos der Arbeiter verbessern können, aber nie auf die Dauer, nie wird sie das Mißverhältniß zwischen Besitz und Arbeit aufzuheben im Stande sein. Sie mag uns eine kräftige Vertretung nach außen, eine Einigung im Innern geben können, sie mag einen deutschen Handel mit einer deutschen Flotte schaffen, die Industrie des Gesamt Vaterlandes mag sie durch Zölle schützen, das Armenwesen zweckmäßiger einrichten und die Lasten des Staates gleichmäßiger und gerechter vertheilen, so wird sie zwar das Proletariat etwas heben, zugleich und in progressivem Verhältnisse aber auch den Besitz. Sie wird das Verhältniß zwischen beiden nicht verändern, weil sie dasselbe nur mit gleichen Faktoren multipliciert haben wird. Für den Augenblick wird sie durch solche Experimente zwar vielleicht die Menge täuschen, aber diese Täuschung wird bald zerfließen, und das Proletariat wird nur desto erbitterter seinem natürlichen Feinde entgegen treten. Was jetzt im Wege friedlicher Einigung bewirkt werden könnte, wird dann Blut kosten. Man halte uns nicht entgegen, die konstitutionelle Monarchie werde alle Vortheile der Republik und der Monarchie vereinigen, ohne mit deren Nachtheilen behaftet zu sein, und sei daher zu einer Lösung der sozialen Frage eben so geeignet, als die

Republik. Dieß ist nicht wahr, nicht möglich. Die Monarchie, selbst auf den breitesten demokratischen Grundlagen, wird nie eine so vollkommene Ausbildung zulassen, als die Republik. Sollte aber zwischen ihr und der Republik sogar kein anderer Unterschied mehr sein als die Erblichkeit des Staatsoberhauptes, so würde sich eine solche Monarchie nie halten können, sie würde in der That Republik sein. Das Volk aber würde augenblicklich einsehen, daß der bloße Schatten einer Krone die ungeheuren Opfer nicht werth ist, welche zu seiner Erhaltung nöthig werden, und diesen Schatten bald beseitigen. Wenn ihr wirklich diesem Schatten jene Opfer bringen wollt, sagt, welchen Nutzen erwartet ihr von ihm? Ihr habt dieß nie ausgesprochen und im Grunde eures Herzens auch nie einen Nutzen von einer solchen Krone erwartet. Ihr wollt auch eine solche Krone nicht: Denn wenn ihr sagt, die Monarchie soll uns vor Anarchie retten, und zugleich unter der Monarchie solch leeres Puppenspiel verstanden, widerspricht Ihr Euch selbst. Ihr müßt die Monarchie Euch denken, ausgerüstet mit einer konservativen Gewalt, wenn Ihr so Großes von ihr erwartet. Ihr werdet Eurem Monarchen ein unbedingtes Veto, das Recht der Ernennung seiner Minister und ähnliche Rechte zugestehen, wodurch in seine Hand gegeben ist, das Schwert, mit dem er nicht allein die Auswüchse des Staatsbaumes, sondern auch seine jungen und kräftigen Sproßlinge, seine Blüthen und Früchte vernichten kann. Wird ein Fürst nicht die größtmögliche Veranlassung haben, selbstsüchtige Pläne zu verfolgen, weil er durch die Heiligkeit seiner Person und durch die Erblichkeit in den Stand gesetzt ist, sich und seinen Nachkommen den Raub zu sichern, den er der Nation abgenommen? Wird er nicht Knechte genug finden, die für schnöden Lohn seine Pläne fördern und seine Handlungen vertreten? O, gewiß! In Deutschland namentlich am leichtesten, denn Börnes Urtheil ist leider nur zu wahr! Die Deutschen sind eine Nation von Bedienten. Wo bleiben aber dann die breitesten demokratischen Grundlagen? Darum nochmals die konstitutionelle Monarchie ist unfähig die gesellschaftliche Umgestaltung zu verwirklichen.

Boigtländisches.

Au die Wahlmänner des 12. Wahlbezirks.

Bürger! Es naht die Zeit, wo wir die heilige Pflicht der Wahl eines Abgeordneten zur deutschen

Nationalvertretung erfüllen sollen. Die deutsche Nation erwartet von uns einen männlichen Entschluß, eine vorurtheilssfreie Prüfung der Männer, welche wir zu ihren Vertretern ernennen wollen. Bedenken wir daher vor Allem, daß nur solche Männer fähig sind, die Geschichte des deutschen Vaterlandes zu entscheiden und für die Zukunft sicher zu stellen, welche weder von Sonderinteressen eines bevorzugten Standes, noch von dem Geschrei der in ihrer Ruhe gestörten Philister sich leiten lassen, welche mit Entschiedenheit und Kraft der Freiheit nachstreben und nicht ängstlich beben, wenn es gilt, die Fesseln zu sprengen, die eine langjährige Bevormundung uns als bequem und passend erscheinen ließ. Unterscheiden wir sorgfältig zwischen Männern, welche jetzt, wo es so wohlfeil ist, freisinnig zu sein, plötzlich hervortreten und uns weiß machen möchten, sie seien die wahrhaft Freisinnigen, die uneigennütigen Beglückter des Volkes und denen, die auch unter dem nunmehr abgeworfenen Joche es wagten, ihre Stimme für des Volkes Wohl zu erheben!

Berkennen wir aber hierbei namentlich auch nicht, daß Mancher in der bedrängten Zeit der gebrochenen Knechtung nur dadurch als ein Freisinniger erschien, weil er einem unerträglichen Drucke, einer in Vorurtheilen verrosteten Kaste gegenüber auftrat, daß derselbe Mann aber, nachdem dieser Gegensatz gefallen, sich dem prüfenden Auge nur als unentschieden und halb darstellen muß, sobald er in anderen Verhältnissen anderen Ideen gegenüber auftreten würde.

In einer Zeit, wo alle bisherigen Verhältnisse wanken und zusammenzustürzen drohen, bedarf das Vaterland Männer, die, anstatt ihre Kraft an der Aufrechterhaltung der stürzenden Trümmer fruchtlos zu vergeuten, sich entschließen können, ein neues Staatsgebäude aufzuführen und Kenntnisse genug haben, das alte Material, soweit es tauglich ist, hierbei zu verwenden.

Als solche Männer erscheinen uns der Advokat von Dieskau und der Kaufmann Mammen jun. zu Plauen. Möge sich daher unsere Aufmerksamkeit ihnen zuwenden. Ueberhaupt aber wäre es gewiß zu wünschen, wenn die Wahlmänner des Bezirks vor der Wahl zusammen kämen, um sich über die Candidaten zu besprechen. Könnte dieß nicht am Wahltage früh um 8 Uhr im Gasthof zum Engel geschehen? Schreiber dieses wird sich, wenn keine anderweite Anordnung getroffen wird, dort einfinden und erwartet von anderen Wahlmännern, die es offen und redlich meinen, dasselbe.

Ein Wahlmann.

Ueber Treuen, 27. April. Ceterum censeam, Carthaginem esse delendam! Hier hat sich Vieles, Vieles verändert, d. h. verbessert, und freue ich mich, Ihnen mittheilen zu können, daß unsere Reactionärs jetzt ihre Federn sinken lassen, wie die Haushähne beim Regen. Sie sind geschlagen für immer. — Hätten wir früher eine Volksversammlung, wie wir sie jetzt wöchentlich mehre Male haben, abgehalten, man hätte uns als die größten Umstürzler denunciirt, jetzt, wo die Hauptschächer mit dem alten System in Dresden entfernt sind, werden nun auch die Denuncianten desselben Systems vollständig ignorirt, und sie denunciren nun ein bißchen unter sich mit ihren Frauen. — (Ja, Ja!!) Wenn man bedenkt, welch' beschränkte Köpfe die Reactionärs gewesen und noch sind, so ist der Spruch gut angewandt:

„Sie haben nichts gelernt und nichts vergessen.“
Denn heute noch glauben sie an eine baldige Rückkehr der alten guten Zeit, — doch hier rufen wir ihnen zu — „irret euch nicht, das Volk läßt sich nicht spotten“ — und werdet doch endlich einmal so klug, wie es die Kinder jetzt in den Schulen sind!! — Vorige Woche hat sich auch hier ein Vaterlands-Verein gebildet, der wohl bedeutend mehr als hundert Mitglieder haben wird. — Nächstdem sind Versammlungen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern gewesen, um die von der Regierung gewünschten Ausschüsse zu wählen, dieselben sind auch derselben angezeigt, doch fehlen bis heute die in der Bekanntmachung vom 3. April daraufhin zu empfangenden Unterlagen, um eine Erörterung darüber anstellen zu können. — Fürs Parlament in Frankfurt stellen wir 5 Wahlmänner — lauter Bürger (Citoyen), als Abgeordneter dahin wird der vielseitig verehrte von Dieskau hier bezeichnet. — Im Uebrigen sind wir hier größtentheils Republikaner, allein nicht deshalb, weil wir angeblich glauben, daß dann eine goldene Zeit kommt, sondern aus purer Erkenntlichkeit für unsere edlen Fürsten, die sich gar nicht um das arme Volk bekümmert haben, und auch deshalb, weil sich diese Regierungsform mit der Vernunft vereinbart. — Weit entfernt sind wir aber, ein gewaltsames Aufdringen zu unterstützen; wir erkennen vielmehr als ersten republikanischen Grundsatz an, daß man sich der Mehrzahl des Volkes fügen muß. —

Nachschrift. Eben höre ich, daß die Reactionärs den hiesigen Radicalen eine Dankadresse, wegen vollkommener und sicherer Leitung der Citoyens votiren wollen. — Ach, wie ist das doch Alles so verändert in meiner Vaterstadt?

Ein Republikaner.

Na unsere Mitbürger!

In Nr. 35 des voigtl. Anz. beklagt sich ein Vaterlandsfreund, daß viele Staatsbürger sich wohl die Zeit nähmen, in die Schenke, nicht aber vor die Wahlkommission zu gehen, um sich als stimmberechtigt anzumelden.

Unterzeichnete hingegen haben in Bezug auf dieselbe Angelegenheit Erfahrungen ganz anderer Art gemacht. Als wir nämlich im Begriff waren, unsern Wahlzettel in den Stimmkasten fallen zu lassen, wurde uns eilig „Halt!“ zugerufen, und zwar deshalb, weil wir bei den Poppischen tumultuarischen Ausritten theilhaftig wären, und daher des Rechtes eines Wählers, als auch des eines Wahlmannes für den gegenwärtigen Fall verlustig wären.

Erstaunt und entrüstet zwar hierüber, doch dem Unvermeidlichen uns fügend, begnügen wir uns damit, unser entehrendes Vergehen dem Publikum streng der Wahrheit gemäß bekannt zu machen, indem außerdem Mancher glauben dürfte, wir hätten dabei irgend eine Rohheit ausgeübt.

Wie wir bereits in unserm Verhöre nachgewiesen haben, so war es keineswegs Neugierde, welche uns veranlaßte, an diesem Morgen unsere Wohnung zu verlassen, indem wir von dem, was vorgehen sollte, gar nicht einmal unterrichtet waren, sondern ich, Karl Stengel jun., wollte mich mit einer Person, auf dem Neuenmarkte wohnhaft, besprechen, welche ich nur zu so früher Tageszeit gewiß anzutreffen hoffen durfte, während ich, der mitunterzeichnete Heinrich Kölsch, den schönen Morgen zu einem Spaziergange aufs Feld benutzen wollte, weil zu späterer Zeit mich Geschäfte abhalten. — Angekommen auf dem Schauplatz, blieben wir überrascht stehen, und da die aufgestellten Kommando's der Kommunalgarde augenscheinlich nur den abgesperrten Platz vor dem Poppischen Hause frei halten sollten, so schien es uns unbedenklich, einige Zeit hinter der Fronte zu verweilen, um die getroffenen Maßregeln zu beobachten, wobei wir uns jedoch auch nicht mit einem voreiligen Worte vergingen. In Folge dieser Anwesenheit wurden wir Ende Febr. 1847 auf das königl. Justizamt beschieden, und uns die Fragen vorgelegt: ob wir an jenem Morgen bei dem betreffenden Ereigniß anwesend waren? Aus welchem Grunde? ob wir nicht bemerkt hätten, daß die Kommunalgarde verhöhnt worden wäre, und von wem? ob uns nicht noch mehrere Bürger bekannt wären, welche ebenfalls anwesend gewesen wären? (In Folge einer gleichen Frage wurden auch wir von einem gewissen Weber-

Fortsetzung in der Beilage.

meister K. als anwesend bezeichnet), ferner: ob wir Merfels Rede mit angehört hätten? Ich, Karl Stengel, der ich eher als Heinr. Kölsch auf dem Platze erschien, hörte auch nicht eine Sylbe mehr davon sprechen, im Gegentheil herrschte in diesem Moment eine fast ungewöhnliche Stille, und ich sah nur im Innern des abgesperrten freien Platzes kleine Kommando's Kommunalgarde bemüht, einige zudringliche Gruppen Neugieriger hinauszumweisen. Uebrigens wurde und konnte uns auch nicht eine Handlung vorgehalten werden, wodurch wir uns eines tumultuarischen Vergehens schuldig gemacht hätten. Sollte aber, wie dies kaum möglich ist, eine heimliche Verdächtigung im Spiele sein, so machen wir bemerklieh, daß selbst die so schändliche Inquisition ihren Opfern bekannt machte, welches Vergehen ihnen schuldig oder unschuldig zur Last gelegt wurde, wo dann dieselben durch Drohungen oder Martern zum Geständniß gebracht wurden, ehe man sie verurtheilte. Oder sollte vielleicht unsere bloße Anwesenheit als ein so bedeutendes Verbrechen uns angerechnet werden? (Wir hatten nämlich unsere Stellung zuerst hinter der Fronte des Kommandos am Bäcker Martinschen Hause, und nach dem entstandenen Lärm am Gottesacker und an der Heynigsschen Gartenmauer). Sollte es wirklich ein so entehrendes Verbrechen sein, daß wir, wie so viele Hunderte Bewohner Plauens aller Stände, in ruhiger Haltung aus der Ferne beobachten wollten, wie und ob ein zu jener Zeit wahrhaft beklagenswerther Mitbürger seinen verzweifelten Vorsatz in Ausführung bringen würde; zumal, da wir Beide uns bereits entfernt hatten, als die Nachricht von dem vermeintlichen Tode Popp's die versammelte Menge in die größte Aufregung versetzte. Wir stellen diese unsere Angelegenheit getrost dem gesunden Urtheile des Publikums in der sicheren Hoffnung anheim, daß ihm die Ehre und der gute Name ihrer Mitbürger heiliger sein wird, als unsern Verdammern. Ich, Karl Stengel jun., habe schließlich noch hinzuzusetzen, daß ich auf die Frage: ob ich nicht noch Mehrere zu nennen wüßte, welche anwesend waren, und vielleicht Auskunft ertheilen könnten, wer diejenigen gewesen wären, welche sich gegen die Kommunalgarde vergangen hätten, nichts Arges ahnend in aller Unbefangenheit: Ja! antwortete, indem ich den Seifeniedermeister Hrn. L. in der Herrengasse, und den Seilermeister Hrn. Tr. in der Neundörfergasse nannte, wobei ich bemerkte, daß, indem Ersterer öfters Bier schenke, Letzterer aber Tabak- und Materialwaarenhändler wäre, diese daher eher mit diesen Leuten bekannt wären. Obgleich nun der Herr Actuarus nach dem Verhör nochmals fragte, wer Jene waren, wo sie gestanden hätten, und

ob dieselben ebenfalls bei dem entstandenen Geschrei sich zurückgezogen hätten, so vergaß man doch, glücklicherweise sie anzumerken. Ich sage glücklicherweise, denn dadurch wurden ein paar tüchtige brave Bürger vor Entehrung behütet, und somit ebenfalls einige brave Wähler und vielleicht Wahlmänner dem Vaterlande erhalten.

Plauen den 1. Mai 1848.

Karl Aug. Stengel jun.

Webermstr.

Johann Heinrich Kölsch,

Webermstr. und Handelsmann.

Rundschau der neuesten Ereignisse.

Schleswig ist beinahe ganz von den Dänen gesäubert, nur am Rhein, in Posen und Tyrol dauern kriegerische Kämpfe ganz verschiedener Art fort. Während dem werden die Volksvertreter erwählt und die Grundlagen gezeichnet, auf denen die deutsche Verfassung hinfort beruhen soll. Bis jetzt ist ein einziger Vorschlag der Frankfurter Versammlungen bekannt geworden, es ist der der sogenannten Vertrauensmänner der von ihren Regierungen zur Erhaltung des alten vermoderten Bundestags nach Frankfurt Gesendeten. Dieser Vorschlag umfaßt bloß die allgemeine deutsche Verfassung, hinsichtlich der Verfassung der einzelnen Länder finden sich keine Bestimmungen darin, die vorgeschlagene Reichsverfassung zeugt deutlich, daß diese Herren, wenn sie je das Vertrauen des Volkes gehabt hätten, dasselbe durchaus nicht verdienen. Ein erbliches Kaiserthum, ein Reichstag mit einem Oberhaus und Unterhaus, Uebereinstimmung beider Häuser zu einem gültigen Beschluß, das sind die Vorschläge, welche diese Herren der deutschen Nation machen, das die Konzessionen, welche man dem Geiste der Freiheit bietet. Es ist zu klar, als daß wir nur ein Wort darüber zu verlieren hätten, daß diese Einrichtung, welche nur auf Wiederbelebung des alten deutschen Reichs in seiner ganzen Starrheit und Unbehülflichkeit ausgeht, von der Nationalversammlung nicht angenommen werden kann, will sie nicht eine neue Revolution hervorrufen, aber fragen müssen und können wir mit Recht, wie man Angesichts der Ereignisse der letzten zwei Monate es wagen kann, uns so ein Machwerk der bonirtesten Reaction zu bieten, fragen müssen wir namentlich, ob der Mann, welcher bis jetzt als Landtagsabgeordneter das ungetheilte Vertrauen ganz Sachsens in sich vereinigte, ob Herr Legationsrath Todt seine Stimme hierzu gegeben, verlangen müssen

wir, daß er sich erkläre, ob und in wie weit er mit diesem Schmachwerke einverstanden gewesen sei oder ihm opponirt habe. Wir wissen nicht, ob diese Blätter

ihm zu Händen kommen werden und fordern daher alle freisinnigen Blätter auf, sich hierüber auszusprechen, damit die Stimme des Volkes an sein Ohr schlage.

B e k a n n t m a c h u n g e n .

Mastvieh = Auction.

Die bereits vorläufig angekündigte Auction von 16 Stück sehr fetten Ochsen findet

Montags den 13. Mai a. c.

statt. Das Vieh kann bis kurz vor Pfingsten noch unentgeltlich stehen bleiben. Für jedes Stück sind 5 $\frac{1}{2}$ Aufgeld bei der Auction zu entrichten.

Rittergut Pöhl.

Robert Kraft.

Ein guter Steindruckere, der mit den feinsten Arbeiten umzugehen weiß, sucht eine Stelle mit Buch- und Steindruckerei längstens bis den 1. Juni d. J. Das Nähere erfährt man in der Exped. d. Bl.

Vorläufige Erklärung.

Unterzeichnete halten es vor der Hand unter ihrer Würde, das fade, von der Wahrheit größtentheils abweichende Geschreibsel, unterzeichnet „Robert Kuhn“ in No. 5 der Boigtl. Blätter ausführlich zu beantworten; sie überlassen das Urtheil über die hierin angeregte Sache jedem vernünftigen Leser, stehen jedoch Denjenigen, welche sich für dieselbe besonders interessiren sollten, mit jeder möglichen Auskunft zu Diensten, müssen indes ihre Bedauern aussprechen, in Schleiz kein Irrenhaus zu besitzen.

Unterzeichnete sind dadurch befriedigt, das Gute gewollt zu haben, und dem Bösen in den Weg getreten zu sein, weshalb die von dem Herrn Maler Kuhn versuchte, aber völlig mißlungene Schilderung ihrer Personen sie weiter nicht berühren kann.

Uebrigens wird Herr Essenkehrermeister Uebe, obgleich meistens schwarz gekleidet, der ganzen Stadt als Ehrenmann bekannt, hinsichtlich der ihm gewordenen Injurien, Klage einleiten.

Auch soll nach Beendigung der über Herrn Kuhn verhängten Criminaluntersuchung, das Resultat derselben mitgetheilt werden, und wird es nicht schwer halten, auf Verlangen die Einsicht der Akten für Denjenigen, den es besonders interessiren sollte, zu erwirken.

Schleiz den 2. Mai 1848.

Knoch, Bürgermeister u. Hofrath; **D. Vockelmann**, Stadtdeputirter u. Hofbuchhändler; **C. Griesbach**, Quintus u. Adjunkt am Rutheneum; **G. Prager**, D. med. chirurg. et artis obstetriciae; **Gebhardt**, fürstl. Mundkoch; **Witthauer**, Mundkoch; **Aug. Griesbach**, Schneidermstr.; **C. Fischer**, Gläsermstr.; **Hermann Blechschmidt**, Kürschnermstr.; **Franz Fritzsche junior**, Schuhmachermstr.; **Seidel**, Rentier; **Karl Niklas**, Müller; **Karl Uebe**, Schornsteinfegermstr.

An die Wahlmänner im Voigtlande!

Wenn der Ruf des Vaterlandes ergeht, dürfen Rücksichten persönlicher Natur nicht in Betracht kommen, und war es auch bisher in unserm Sachsenlande nicht üblich, sich um Ehrenämter des öffentlichen Vertrauens zu bewerben, so weiche ich doch von dieser Sitte ab, und trete als Bewerber um die Stelle eines in die deutsche constituirende Nationalversammlung zu wählenden Abgeordneten auf.

Damit aber die Wahlmänner keinen blinden Gebrauch von ihrem Wahlrechte machen, denn der Gewählte ist ja der Stellvertreter der Wählenden, so halte ich es für unerläßliche Pflicht, daß die Männer, welche sich um die Wahl bewerben, oder auf welche sich die Augen des Volks richten, öffentlich ein politisches Glaubensbekenntniß, wenn auch nur in allgemeinen Grundzügen, abgeben.

Geschieht dies nicht, so können die Wählenden nicht wissen, ob der Abgeordnete auch in der That derselben Richtung folgt, welche die Mehrzahl geltend gemacht zu sehen wünscht; und liegt die Bürgschaft dafür, ob der Mann ihrer Wahl auch seinen ausgesprochenen Grundsätzen gemäß stimmen und handeln werde, in dem Charakter und in dem ganzen öffentlichen Leben des zu Wählenden.

Dieses zur Verständigung vorausschickend, erkläre ich hiermit als mein politisches Glaubensbekenntniß:

1) Ich will ein einiges freies Deutschland! Ohne Einheit ist die Erhaltung der Freiheit nicht denkbar. Es muß daher die erste Aufgabe der constituirenden Versammlung in Frankfurt sein, Deutschlands Einheit fest zu begründen, dem deutschen Volke im Rathe der Völker die Stelle zu verschaffen, welche einer Nation von 40 Millionen Menschen, an Bildung und Biederkeit keinem Volke nachstehend, von Gottes- und Rechtswegen gebührt, Deutschlands Gränzen sicher zu stellen und eine starke Bundesregierung zu bestellen.

2) Ich will den Fortbestand der bisherigen Einzelstaaten mit freier Selbstbestimmung ihrer besonderen Verfassungen; die einzelnen Glieder vereinigt zu einem Bundesstaat, stark und kräftig nach Außen, aber im Innern der einzelnen Staaten möglichste Freiheit.

Als oberster Grundsatz, von dem die constituirende Nationalversammlung ausgehen muß, gilt nur die Volksfreiheit, mithin die Entscheidung der Mehrheit; und da ich die feste Ueberzeugung habe, daß der größte Theil, ja die weit überwiegende Mehrzahl des deutschen Volkes, keine Republik will, vielmehr Versuche, durch Bürgerkrieg dem deutschen Volke diese Staatsform aufdringen zu wollen, nur die Einigkeit unseres schönen Vaterlandes stören, und die Verwirrung nur vermehren würde, und ich überdies fest glaube, daß auch die constitutionelle Monarchie Bürgschaften zu gewähren vermag, welche den Bürgern alle Vortheile der Republik ohne ihre Nachtheile verschaffen kann, so erkläre ich mich für die constitutionell-monarchische Regierungsform mit den größt-möglichen Garantien für die Volksfreiheit.

Nur auf diesem Wege können wir am schnellsten und sichersten aus dieser Uebergangsperiode herauskommen; nur dadurch kann drohendem Unheile vorgebeugt, und neues Vertrauen zu dem Bestande der Dinge, und Kraft zu ruhiger Fortentwicklung geweckt werden.

Berbergen wir es uns nicht, Versuche eine deutsche Republik zu begründen, oder gar in Deutschland allerlei Republikchen zu bilden, würden den täglich wachsenden Uebeln nur neue Nahrung geben, denn schon jetzt liegen Handel und Gewerbe fast ganz darnieder, das gegenseitige Vertrauen ist gänzlich geschwunden, Arbeitslosigkeit und Armuth nehmen täglich mehr zu, und nur möglichst schleunige Abhilfe kann das Vaterland von dem Rande des Verderbens zurückführen, und die junge Freiheit vor Vernichtung sichern.

Auf die einzelnen Grundlagen der von der constituirenden Versammlung zu entscheidenden Fragen gehe ich nicht weiter ein.

Daß ich, sollte ich gewählt werden, für meine ebenausgesprochene Meinung eintreten werde, versteht sich von selbst.

Ob ich die Fähigkeit und Talent dazu besitze, ist eine andere Frage. Ich weiß ganz wohl, daß es sehr viele gelehrtere und beredtere Männer gibt, welche eher dazu berufen sein dürften, als ich, die Wahlberechtigten unseres Voigtlandes zu vertreten, aber ich glaube auch, und habe die innige feste Ueberzeugung, daß ich Keinem an redlichen Willen für des Vaterlandes und Volkes Wohl nachstehe; und daß ich mit aller Kraft, die mich beseelt, streben würde, meinen Ansichten Geltung zu verschaffen.

Ich hoffe und wünsche, daß mich diese Erwägungen gegen den Vorwurf der Unbescheidenheit schützen.

Plauen, den 28. April 1848.

Christian Böhler.

Die in der Bibliothek befindlichen Bücher.

Die in der Bibliothek befindlichen Bücher sind in drei Abtheilungen eingetheilt: 1) in die Handschriften, 2) in die gedruckte Bücher, 3) in die Kupferstiche. Die Handschriften sind in drei Classen eingetheilt: in die Originalhandschriften, in die Copien und in die Druckausgaben. Die gedruckte Bücher sind in drei Classen eingetheilt: in die Originalausgaben, in die zweite Ausgaben und in die dritte Ausgaben. Die Kupferstiche sind in drei Classen eingetheilt: in die Originalausgaben, in die zweite Ausgaben und in die dritte Ausgaben.

